

Hohenstein-Ernstthaler Anzeiger

Tageblatt

für Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Gersdorf

Sagan, Wilsenbrand, Ursprung, Mittelbach, Herrnsdorf, Bernsdorf, Langenberg, Falken, Meinsdorf u. s. w.

Dieses Blatt erscheint mit Ausnahme der Sonn- und Festtage täglich Nachmittags. — Zu beziehen durch die Expedition und deren Aussträger, sowie alle Postanstalten.
Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 1 Mk. 25 Pfg. incl. der illustrierten Sonntagsbeilage.

Redaction und Expedition:
Sohnstraße 2 (nahe dem R. Amtsgericht).
Telegraphen-Adresse:
Anzeiger Hohenstein-Ernstthal.

Insertionsgebühren: die fünfspaltige Corpusspaltzeile oder deren Raum für den Verbreitungsbezirk 10 Pfg., für auswärts 12 Pfg., Reclame 25 Pfg. Bei mehrmaliger Aufgabe Rabatt.
Annahme der Inserate für die folgende Nummer bis Vorm. 10 Uhr. Größere Anzeigen Abends vorher erbeten.

Nr. 238.

Donnerstag, den 12. Oktober 1899.

26. Jahrgang.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Berlin, 10. Oktober. An das hiesige Auswärtige Amt gelangte von Dr. Boges, welcher im Februar d. J. vom hiesigen Institut für Infektionskrankheiten nach Argentinien geschickt worden war, die telegraphische Mitteilung, daß er in Paraguay die Pest festgestellt habe. In Asunzion habe er 54 Fälle, von denen 54 tödlich verliefen, bakteriologisch und klinisch festgestellt. Als Ursprung der Seuche nimmt man Ansteckung aus Portugal an. Die Pest wurde auf den Hafen lokalisiert. Argentinische Aerzte haben die Bekämpfung der Krankheit übernommen. Ebenso wird aus Nord-China das Auftreten der Pest gemeldet.

Prinz Heinrich wird laut brieflicher Nachricht aus Ostasien nicht vor Monat April 1900 in der Heimath zu erwarten sein. Der Prinz wird seine Heimreise um Amerika antreten.

Gelegentlich seiner letzten Dienstreise hat der Staatssekretär v. Boddien in Bremen Veranlassung genommen, sich über die Stimmung der dortigen Kaufmannschaft betreffs Einführung der englischen Eiszzeit zu unterrichten, da unser größtes Verkehrs-Institut, die Reichspost, an der Angelegenheit unter Umständen ein recht erhebliches Interesse hat. Der Staatssekretär hat sich über das Ergebnis seiner Erkundigungen in einer Unterredung mit dem Vorsitzenden des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller, Herrn Geheimrath Goldberger, etwa wie folgt geäußert: „Man steht unter den Kaufleuten, nach dem, was ich in Bremen gehört habe, der Einführung der englischen Eiszzeit wenig sympathisch gegenüber. Die Kaufmannschaft dort rechnet es sich zum Vortheil im Kampfe mit der Konkurrenz an, daß die am späten Nachmittage eingehenden Anfragen und Orders der Kundschaft sofort — eventuell sogar durch das Kabel — erledigt werden. Diese Schlagfertigkeit, mit der unsere Kaufleute ihre Klienten bedienen, hat ihnen überall im Auslande und zumal im Weltverkehr Respekt verschafft und neue Kundschaft erworben. Man befürchtet ernstlich, daß diese Schlagfertigkeit im Konkurrenzkampfe durch Einführung der englischen Eiszzeit, da diese durch den frühzeitigen Bureauausfluß die prompte Erledigung der Korrespondenz verhindert, Einbuße leiden werden.“

Anlässlich einer Aeußerung in einer Versammlung des konservativen Landesvereins für das Königreich Sachsen über das in der Luft liegende Reichseisenbahn-Projekt schreibt die „Nat.-Ztg.“: Von einem Reichseisenbahn-Projekt ist in neuerer Zeit ernstlich überhaupt nicht die Rede gewesen. In einzelnen süddeutschen Staaten ist erwogen worden, ob man sich von preussisch-bessischen Eisenbahngemeinschaft anschließen solle. Wie jeder andere Bundesstaat, so wird auch das Königreich Sachsen in dieser Frage nach seinen eigenen Interessen handeln; um so überflüssiger ist das Hervorstechen des alten, nachgerade vergessenen Schreckbildes von der Vernichtung der Landeshoheit. Die in der konservativen Landesvereins-Versammlung erfolgte Mahnung scheint aber daraufhin zu deuten, daß in Sachsen hier und da Neigung zum Anschluß an die Eisenbahngemeinschaft laut geworden ist.

Der „Bos. Ztg.“ wird aus London gemeldet: Während andauernd Truppen nach Südafrika geschickt werden, wird hier fortgesetzt zu gunsten der Erhaltung des Friedens gewirkt. Die gestrige Rede des Herzogs von Devonshire in Sheffield darf als Beitrag in dieser Richtung betrachtet werden. Der Rath der Londoner radikal-liberalen Vereinigung fasste gestern einen Beschluß, der die Nothwendigkeit von Reformen in Transvaal zugiebt, aber die Politik der Regierung, die Eng-

land an den Rand eines Krieges bringt, der nicht gerechtfertigt erscheint, beklagt und die Lösung der Transvaalfrage durch ein Kriegsgericht befürwortet. — In einem Schreiben an seine Wähler betont Professor Bryce, daß es zur Aufrechterhaltung des britischen Uebergewichts in Südafrika keines Krieges bedürfe. Erst nach Eroberung der beiden Republiken würden Englands Schwierigkeiten beginnen.

Auf dem socialdemokratischen Parteitag in Hannover erstattete am Montag Herr Edwin Gerisch aus Berlin Bericht über die Parteikasse. Die gesammten Reineinnahmen betragen im Vorjahre 254 753 Mk., wovon aber nur runde 118 000 Mk. auf Beiträge der Parteigenossen entfallen. Der Referent bezeichnet es als eine beschämende Thatsache, daß zu dieser Summe die Berliner Genossen allein 64 000 Mk. beigetragen haben, während aus dem übrigen Reiche nur 53 000 Mk. eingegangen sind. Ferner macht der Referent Mitteilung über die Parteipresse und betont, daß die Zahl der Abonnenten von 200 000 auf 400 000 angewachsen ist. Nach der Debatte über das Löbtauer Urtheil, das der Parteivorstand nicht als eine socialdemokratische Angelegenheit angesehen haben will, wurden alle den Löbtauer Fall betreffenden Anträge abgelehnt und somit dem Vorstand ein Vertrauensvotum erteilt. Witte-München begründet folgende Anträge: Die Reichstagsfraktion zu beauftragen, die Regierung zu interpelliren, wie sie die Durchführung und Beobachtung der Reichsgesetze im Königreich Sachsen erzwingen will, z. B. die Bestimmungen über die Gewerbeordnung durch Einziehung der Reichsgesetze und Ersetzung durch polizeiliche Verordnungen entgegen der Reichsverfassung; Reichsgesetz geht vor Landesgesetz. Nebener führt aus, daß auch für Bayern dieser Antrag zutrefte. Groth-Kostock berichtet dasselbe von Mecklenburg. Von Auer liegt folgender Antrag vor: Die Fraktion zu beauftragen, in der kommenden Reichstagsession wieder den Antrag betr. einen achtstündigen Normalarbeitstag einzubringen. Bebel beantragt, die etwa nicht abgelehnten Anträge der Fraktion zur Berücksichtigung zu überweisen.

Frankreich.

Paris, 10. Oktober. Nach einer Depesche der „Aurore“ aus Montelimar haben Officiere des 22. Linienregiments durch Kundgebung gegen den Präbidenten Loubet sich schwere Pflichtwidrigkeiten zu Schulden kommen lassen. Zwischen Regierung und Präsetur hat aus diesem Grunde ein Depeschenwechsel stattgefunden. Die amtliche Untersuchung hat ergeben, daß die erwähnte Kundgebung von den Officieren in einer vorher abgehaltenen Versammlung beschlossen wurde und daß die Officiere sich einer Verleumdung schuldig gemacht haben. Die Bevölkerung von Montelimar ist über diese Vorgänge entrüstet. Gegen etwaige Ergänzungen seitens derselben sind Vorichtsmaßregeln ergriffen worden.

England.

London, 10. Oktober. Nach Depeschen aus Südafrika ist dort alles ruhig und die Buren führten keinerlei Bewegungen aus. Das Johannesburg Commando und das deutsche Corps lagern 2 Stunden von Pretoria. Krüger sagte in einem Interview, es sei schwer zu sagen, was kommen werde; die Landung großer britischer Verstärkungen in Natal mache ihm keine Sorge, er sei voll Vertrauen auf den Allmächtigen; er wisse nichts davon, daß Hofmeyr und Rose Jones nach Pretoria kommen wollten, und über die vorgeschlagene amerikanische Vermittelung sei nichts weiter zu sagen. Die Afrikanerführer am Kap beabsichtigen im Kap-Parlament eine Resolution einzubringen, dringend an die Königin zu appelliren, daß Steins Vorschlag, die britischen Truppen von den Grenzen beider Republiken zurückzuziehen, befolgt werde. Eine solche Resolution ist natürlich aussichtslos. Anlässlich

des heutigen 75. Geburtstages Krügers hofft man in Pretoria auf Sympathie Kundgebungen aus der ganzen civilisirten Welt; an diesem Tage empfing er stets herzliche Glückwünsche von Kaiser Wilhelm I.

Japan.

Yokohama, 10. Oktober. Wie nunmehr angenommen wird, wurden infolge Herabstürzens eines Zuges in den Fluß in der Nähe von Utsunomiya 50 Personen getödtet.

Derthliches und Sächsisches.

Hohenstein-Ernstthal, den 11. Oktober.

15. öffentliche Stadtgemeinderathssitzung am 10. October. Der Vorsitzende Herr Bürgermeister Dr. Polster giebt vor dem Eingange in die Tagesordnung eine Einladung des Militärvereins I. zu seinem Stiftungsfeste bekannt.

Punkt 1) Bebauung und Beschleunigung der Feldstraße betr. Herr Stadtkammermeister Wäzinger giebt das Resultat der Verhandlungen mit dem Gemeinderath von Oberlungwitz bekannt, wonach die Straße auf 14 m Breite projectirt ist und die Kosten bei der später vorzunehmenden Herstellung gemeinschaftlich getragen werden sollen. Die Beschleunigungskosten werden zum Theil gemeinschaftlich, zum Theil und zwar die Beschleunigung nach der Nobis-Wiese von Oberlungwitz allein getragen. Das Collegium stimmt diesen Vorschlägen zu.

Punkt 2) Als Vergütung für Nachschichten an den früheren Wassermeister Uhlmann werden 100 Mk. bewilligt, abzüglich 50 Mk. vorausbehaltenen Gehaltes.

Des Weiteren giebt der Herr Bürgermeister bekannt, daß die s. Zt. aus der Mitte des Collegiums angeregte Petition um Entschädigung bei Abbruch alter Gebäude wenig Zweck haben dürfte. Ueber das Verhalten in Zukunft bei solchen Fällen gab der Herr Bürgermeister Aufklärung.

Ferner wird noch beschlossen, am Augustastolln ein zweites 30 cm weites Abflußrohr einzulegen, damit bei reichlichen Niederschlägen eine Ueberlaufgefahr vermieden wird.

Weiter giebt der Herr Bürgermeister die Erklärung ab, daß ein über Herrn Polizeiwachtmeister Noack verbreitetes Gerücht völlig grundlos ist und daß gegen die Urheber oder Verbreiter desselben gerichtlich vorgegangen wird.

Auf Anfrage erklärt der Herr Bürgermeister, daß die Zeitungsnotiz, daß sich Schutzleute in Uniform nicht in Schankstätten aufhalten sollen, der Wahrheit entspricht. Hierauf Stadtverordnetenversammlung behufs Prüfung von Rechnungen.

Bei den gestern in 30 Landtags-Wahlkreisen von den Wahlmännern vorgenommenen Wahlen zur Zweiten Kammer sind gewählt worden: 20 Conservative, 7 Nationalliberale, 1 Liberaler, 1 Fortschrittler, 1 vom Bund der Landwirthe.

4. städt. Wahlkreis (Pirna u.) Rechtsanwalt Dr. Spieß (cons.) gewählt.

5. städt. Wahlkreis (Dresden): Stadtverordneten-Vorsteher Rechtsanwalt Dr. Stöckel (cons.) mit 63 Stimmen gewählt. Grunert (Soc.) erhielt 25 Stimmen.

6. städt. Wahlkreis (Freiberg): Stadtrath Braun (natl.) einstimmig gewählt.

7. städt. Wahlkreis (Meißen u.): Bisheriger Abg. Bürgermeister Küder (cons.) mit 55 Stimmen wiedergewählt. Findeisen (Soc.) erhielt 15 Stimmen.

8. städt. Wahlkreis (Dösch): Bürgermeister Härtwig (cons.) gewählt mit 43 Stimmen. Kündhardt (natl.) erhielt 35 Stimmen. Eichhorn (Soc.) 2 Stimmen.

10. städt. Wahlkreis (Frankenberg u.) Stadtrath Schick aus Frankenberg (natl.) mit 49 Stimmen gewählt. Landgraf (Soc.) erhielt 15 Stimmen.

14. städt. Wahlkreis (Meerane u.): Stadtrath Rein-